

Mindestens 14 Verletzte nach Gasexplosion, drei Vermisste

Ein mehrstöckiges Wohngebäude mit 22 Wohneinheiten in Wien-Wieden stürzte teilweise ein. Ein Mann schwebt in Lebensgefahr, nach drei Personen wurde am Mittwochabend noch gesucht.

WIEN. Von einem „Wertlauf gegen die Zeit“ war am Mittwochabend die Rede. Mehrere Stunden nach einer Gasexplosion im Bereich zwischen Preßgasse und Schöffergasse im vierten Wiener Gemeindebezirk gingen die Einsatzkräfte zum Reaktionschluss dieser Ausgabe noch von Versühteten aus. Christian Feiler, Sprecher der Wiener Berufsfeuerwehr, sprach von einem „Hoffnungsschimmer“, dass Personen noch lebend geborgen werden. „Wir kennen das von Erdbeben, dass Stunden und Tage später noch Versühtete gerettet werden können“, sagte Feiler. Die Arbeitsweise verglich er mit einem Eishockeispiel: Die Einsatzkräfte wechselten sich ab, damit sie sich zwischen durch erholen konnten.

Dutzende Einsatzfahrzeuge von Rettung, Feuerwehr und Polizei hatten sich am Mittwochnachmittag den Weg durch die engen Gassen im vierten Bezirk gebahnt. An der Straßenecke war es gegen 16.30 Uhr zu der schweren Explosion gekommen, mehrere Stockwerke von zwei Mehrparteihäusern stürzten teilweise ein. Mindestens 14 Menschen wurden durch die heftige Detonation verletzt, zwei davon schwer. Ein 35-jähriger Mann schwebte in Lebensgefahr. Er befand sich laut Berufsrettung zum Zeitpunkt der Explosion in seiner Wohnung im primär betroffenen Gebäude an der Ecke Preßgasse-Schöffergasse. Er dürfte von herabfallenden Bauteilen getroffen worden sein. Laut Daniel Melcher, Sprecher der Wiener Berufsrettung, hat der Hauswohner Knochenbrüche, Rissquetschunden und schwere innere Verletzungen erlitten. Bei dem zweiten Schwerverletzten handelt es sich um einen 54 Jahre alten Mann, der von Glassplittern getroffen wurde und Schnittverletzungen davongetragen hat. Das schwer beschädigte Gebäude drohte nach der Explosion einzustürzen.

Die Erschütterung war noch in einer Entfernung von mehreren 100 Metern spürbar. Die Polizei ging rasch von einer Gasexplosion aus. Sprecher Harald Sörös sagte, dass mindestens zwei Wohnhäuser von der Detonation betroffen seien. Da unklar war, ob noch Personen zu bergen waren, durchsuchten Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehr die Gebäude. Sprecher Christian Feiler sagte: „Es wird sich jetzt um jene kümmern, die sich bemerkbar machen konnten und suchen jetzt nach jenen, die sich nicht so leicht bemerkbar machen können.“ Schallschugeräte wurden eingesetzt wie Suchhunde. Die Treue hatten von dem Gebäude, wo Autos abgestellt waren, angeschlagen. Die Einsatzkräfte registrierten Kratzgeräusche. „Wir suchen noch nach drei Personen, die nicht erreicht werden konnten“, sagte Sörös am Mittwochabend. „Das wird sich noch über mehrere Stunden ziehen. Wie es zur Explosion kam, ist noch unklar. Das Landeskriminalamt Wien werde ermitteln, sobald notwendige Auftrium- und Sicherungsarbeiten abgeschlossen seien.“

Die wohl folgenschwerste Gasexplosion in Österreich in den vergangenen Jahren ereignete sich 1999 in Wilhelmsburg (Niederösterreich), als neun Menschen starben. Im Juni 2010 stürzte nach einer Explosion durch ein Leck in einer Gasleitung ein Haus in St. Pölten teilweise ein, fünf Personen wurden getötet.

Auch in Wien kam es immer wieder zu Gasexplosionen – zuletzt hatte eine fünfköpfige afghanische Familie dabei Glück im Unglück. Wie durch ein Wunder kam sie mit dem Schrecken davon, als es in der Nacht auf 10. März 2019 in ihrer Wohnung in der Ratschkygasse in Meidling zur Detonation kam. Fenster flogen in den Hof und auf die Straße. Als Ursache stellte die Polizei eine unschöne Reparaturarbeiten fest.



In der Hausfassade klawt ein riesiges Loch.

BILD: SNAPAK/WOLFGANG WAGNER



Vor dem Haus wurden Autos von Trümmern getroffen.

BILD: SNAPAK/IRVING HORMANN



SPITZE FEDER
Ralf Hillebrand

Es geht um die Wurst

Ein Kurztrip nach Kiew: Gelandet am Flughafen, steuerte die kleine Reisegruppe den Imbissstand an. Denn wer billig fliegt, muss über den Wolken hungern. Doch wer hätte gedacht, dass es zur Begrüßung Heimatgefühle gibt? Drei Arten von Hotdogs wurden angeboten: ein europäischer, ein bayerischer – und ein „Salzburg“ (im Bild). Wer sich für die Mozartstädter Variante entschied, bekam nichts anderes als eine Schweinswurst mit Ketchup. Wieso die Kreation „Salzburg“ heißt, konnten die Mitarbeiter nicht erklären. Das Phänomen trat aber noch an anderen Kiewer Würstelständen auf. Vielleicht kann ein SN-Leser Licht ins Dunkel bringen?

U-Haft im Spionagefall wurde wieder verlängert

SALZBURG. Die Untersuchungschaft für jenen Ex-Offizier des Bundesheers aus Salzburg, der von 1992 bis Ende September 2018 für Russland spionierte haben soll, wurde am Mittwoch am Landesgericht Salzburg erneut um zwei Monate verlängert. Verteidiger Michael Hofer kündigte eine Beschwerde an, über die das Oberlandesgericht Linz entscheiden muss. „Der alleinige Hintergrund der Täuschungsgefahr bei einem 71-jährigen, der vor sechs Jahren aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist, ist einfach lächerlich“, sagte der Anwalt. Außerdem habe die Staatsanwaltschaft die lange Dauer der Ermittlungen nicht so begründet, wie nach mehr als sechs Monaten U-Haft laut Strafprozessordnung nötig.

Kein „Luft-100er“ für Elektroautos ab Montag

WIEN. Elektroautos werden ab Montag im Immissionsschutzgesetz Luft (IG-L) von abschnittswisen Tempolimits auf heimischen Autobahnen und Schnellstraßen ausgenommen. „Wir setzen so einen weiteren Anreiz, um Elektromobilität in Österreich zu stärken“, sagte Elisabeth Köstinger (ÖVP), die als Umweltministerin das Gesetz gemeinsam mit Ex-Werkreiminister Norbert Hofer (FPÖ) auf den Weg gebracht hat. Die Ausnahme gilt für Streckenabschnitte im hochrangigen Straßennetz (Autobahnen und Schnellstraßen), bei denen eine Geschwindigkeitsbegrenzung nach IG-L vom jeweiligen Landeshauptmann angeordnet wurde. Dies betrifft zurzeit die Bundesländer Salzburg, Tirol, Steiermark, Oberösterreich und Kärnten auf insgesamt über 400 Kilometer. Voraussetzung für die Ausnahme ist eine Kennzeichentafel mit grüner Schrift. SN, APA

Experten fordern Zentrum für anonyme Geburt

In Österreich gibt es schon mehr als 500 Betroffene, die ersten könnten bald den Staat klagen.

GERALD STOIBER

WIEN, GRAZ. Die Tragödie um einen Buben, der nach der Geburt in einem Park in Wien abgelegt und am Montag tot aufgefunden wurde, rückt die anonyme Geburt wieder ins Blickfeld. Die Möglichkeit dazu besteht in Österreich seit 2001. Zuvor gab es bereits sogenannte Babyklappen in vielen öffentlichen Spielplätzen. Insgesamt wurden von 2001 bis 2018 bereits 542 Kinder in Österreich anonym geboren. Sie wurden von den Jugendämtern zur Adoption freigegeben.

Regelgt ist das nicht per Gesetz, sondern in einem Erlass des Justizministeriums. Ein Recht auf eine anonyme Geburt gibt es nicht, sondern sie ist als Ausweg in einer Notituation der Mutter gedacht. Der Erlass wird in einem Monat, am 27. Juli 2019, in 18

alt – und damit rückt die Möglichkeit näher, dass Betroffene klagen können. Denn anonym geborene Kinder könnten argumentieren, dass ihnen der Staat das ihnen nach der Europäischen Menschenrechtskonvention zustehende Recht auf



„Frankreich hat eine gute Regelung.“

Claudia Klier, Ärztin
MedUni Wien/AKH

Achtung des Privat- und Familienlebens (Artikel 8) verweigere. In Österreich kann eine Mutter nach einer anonymen Geburt nur sechs Monate oder bis zum rechtskräftigen Abschluss der Adoption ihres Kindes ihre Anonymität aufgeben. Danach bleiben die Türen zu. Eine Gruppe von Expertinnen

der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendheilkunde am AKH Wien fordert daher eine Neuorganisation der anonymen Geburt in Österreich. Als Vorbild dient Frankreich. Neben der Notituation der Mutter gelte es das Recht eines Kindes bestmöglich zu berücksichtigen, dass es seine Eltern kennt.

In Italien oder Frankreich hätten Betroffene bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg geklagt, sagt Ärztin Claudia Klier von der Kinderklinik am AKH. Das französische System, es besteht bereits seit 1993, habe der EGMR für ausgewogen gefunden, schreiben Klier und ihre Kolleginnen in einer aktuellen Studie. Frankreich hat eine zentrale Stelle, die bei jeder anonymen Geburt eingeschaltet wird. Sie sammelt alle verfügbaren Informationen (etwa Briefe der Anonym geborenen Mutter an das Kind oder An-

gaben über den Vater). Ab dem Alter von 13 Jahren können Kinder in Frankreich Daten ihrer leiblichen Eltern beantragen. Die Behörde CNAOP beginnt dann die Suche. Die Eltern können die Anonymität auch später jederzeit aufgeben, in Frankreich macht das etwa die Hälfte der betroffenen Eltern.

Die Expertinnen schlagen vor, das französische System für Österreich zu vereinfachen. Die Steiermark wird als Vorbild genannt, wo die Caritas für das Land die Kontakstelle Anonyme Geburt betreibt. Juristin Christa Plez betont, meist zeigen nicht Mütter aus sozial schwierigen Verhältnissen eine anonyme Geburt in Erwägung, sondern „Frauen aus der Mittelschicht, die zu zwei Dritteln schon Kinder haben“. Häufig sei ein Motiv, dass die Freigabe zur Adoption gesellschaftlich geächtet sei. An diesem Tabu wolle man rütteln, so Plez.